

Neuwahlen und Neubesetzung der Wahlbehörde im bolivianischen Kongress vereinbart

Dr. Georg Dufner, La Paz, 24.11.2019

Aktuelle Entwicklung:

Nach Unterstützung die Vermittler der EU, der OAS, Spaniens und der bolivianischen Bischofskonferenz konnte die Interimsregierung Boliviens unter Präsidentin Jeanine Áñez am Samstag, den 23.11. einen wichtigen Erfolg verbuchen: Im Kongress erreichte die oppositionelle Minderheit einstimmig zusammen der ehemaligen Regierungspartei Movimiento al Socialismo (MAS) des vor wochenlangen Bürgerprotesten nach Mexiko geflüchteten autoritären Langzeitpräsidenten Evo Morales ein Übereinkommen, dass in Gesetzesform die Neubesetzung der Wahlbehörde und Abhaltung von Neuwahlen ohne Beteiligung Morales' festlegt. Präsidentin Áñez verkündete am gestrigen Sonntag das entsprechende Gesetz „Régimen Excepcional y Transitorio para la Realización de Elecciones Generales“ („Gesetz über die übergangsweise und außergewöhnliche Regelung zur Abhaltung von Generalwahlen“).

Der Kongress („Asamblea Legislativa Plurinacional“) muss nach dem Gesetz innerhalb von 20 Tagen die Mitglieder des obersten Wahlgerichts (Tribunal Supremo Electoral / TSE) wählen, die dann wiederum innerhalb von 2 Tagen den Wahltermin festlegen müssen. Die Wahlen müssen innerhalb von 120 Tagen nach der Bekanntgabe des Wahltermins abgehalten werden.

Alle Parteien, die auch zu den unregelmäßig verlaufenen und mutmaßlich massiv manipulierten Wahlen am 20. Oktober zugelassen waren, dürfen auch bei den Generalwahlen 2020 antreten, die ehemalige Regierungspartei eingeschlossen.

Gemäß der Verfassung dürfen ex-Präsident Morales und seine Vize García Linera **nicht** antreten.

Die EU hat ihre Unterstützung bei Durchführung und Überprüfung des Wahlprozesses zugesagt.

Präsidentin Áñez stellte klar, dass sie ein vom MAS eingebrachten Gesetzesvorschlag zur Straffreiheit des ex-Präsidenten Morales und seines Vize García Linera, sowie weiterer hochrangiger MAS-Mitglieder, nicht verkünden werde. Die Regierung wirft Morales (vgl. dessen Aufruf vom 22.10. ihm unbotmäßige Städte zu belagern und die Wiederholung eines sinngleichen Aufrufs aus dem mexikanischen Exil am 20.11.) und seinem Präsidentschaftsminister Ramón Quintana (vgl. dessen Aufruf vom 2.11., Bolivien in ein „Vietnam“ verwandeln zu wollen, Verwicklung in die Ausbildung paramilitärischer Gruppen, Einschleusung von Sicherheitspersonal aus Kuba, Venezuela) u.a. Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor.

Bedeutung:

Mit der Verkündung des Wahlgesetzes und dem gleichzeitig positiven, aber noch nicht abgeschlossenen, Verlauf der Verhandlungen zwischen Regierung, dem MAS sowie ihm

verbundenen Organisationen, die nun ihre Proteste weitgehend beendet haben, ist Interimsregierung der Erfüllung ihrer beiden Hauptaufgaben – der Befriedung des Landes und der Sicherung der Neuwahl unter einer neuen, unabhängigen Wahlbehörde – entscheidend nähergekommen.

Die seit Morales' Rücktritt am 10. November anhaltende politische Krise mit gewalttätigen Protesten kommt damit zu einem vorläufigen Ende. Die ehemalige Regierungspartei ist gespalten in einen moderaten und einen radikalen Flügel.

Mit der Auflösung eines der größten Konfliktherde in Senkata (Stadtteil von El Alto), der die Versorgung La Paz' sowohl mit Brennstoffen (Benzin, Diesel, Erdgas) als auch Lebensmitteln über mehrere Tage hinweg unterbrach, normalisierte sich die Versorgungslage seit Samstag, den 23.11., langsam wieder.

Gefahren / Problemlagen:

Bei der nun anstehenden Wahl des TSE-Vorstands wird es darauf ankommen, dass der MAS, der im Kongress immer noch über eine 2/3-Mehrheit verfügt, sich an die getroffenen Absprachen zur unabhängigen Besetzung des TSE mit verdienten „Notabeln“ hält.

Der „Faktor Morales“ ist schwer einzuschätzen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Ex-Präsident aus dem mexikanischen Exil über ihm nahstehende Organisationen weiterhin versuchen wird Einfluss zu nehmen und die Regierung Áñez mit allen Mitteln zu destabilisieren suchen wird. Die Kräfteverhältnisse und Führungsfrage innerhalb des MAS ist derweil unklar.

Die internationale Kampagne Morales' gegen die Interimsregierung versucht weiterhin, die zwanzigtägige Bürgerrevolution, die aus Empörung über den Wahlbetrug, massive Rechtsbeugung und autoritäres Verhalten Morales den ex-Präsidenten aus dem Amt trieb, mit haltlosen Vorwürfen zu diskreditieren. Während die Linksregierungen u.a. Mexiko, Venezuela, Nicaragua und Kuba sowie u.a. Abgeordnete in den USA, Deutschland und der Schweiz die Morales-Propaganda eines vermeintlichen „Putsches“ gegen Morales stützen, hat sich Uruguays Präsident Vázquez mit der Aussage, dass die Ursache der politischen Krise Boliviens Morales' Wunsch nach einer erneuten Wiederwahl gewesen sei. Die meisten anderen Staaten der Region, Russland, OAS, EU und die Bundesregierung haben die Interimsregierung zumindest implizit anerkannt.

Für Mexiko und seinen Präsidenten López Obrador wird das Asyl Morales (laut Umfragen lehnt eine breite Mehrheit der Mexikaner dieses ab) sowie dessen andauernden politischen Kommentare zur Situation in Bolivien zur Belastung.

Ausblick:

Die Situation der Regierung Áñez hat sich mit den Ergebnissen des Wochenendes deutlich verbessert, Sicherheit und Versorgung verbessert, sowie unmanipulierte Neuwahlen in greifbare Nähe gerückt. Zu beobachten sein wird jedoch das Verhalten des MAS und insbesondere das des zurückgetretenen Präsidenten Morales im Exil.